Stadt Landau in der Pfalz

Sitzungsvorlage
610/600/2020

Amt/Abteilung: Abteilung Stadtplanung und Stadtentwicklung Datum: 16.01.2020	Aktenzeichen: 61_31/610-StFNP		
An:	Datum der Beratung	Zuständigkeit	Abstimmungsergeb.
Stadtvorstand Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen	20.01.2020 28.01.2020	Vorberatung N Entscheidung Ö	

Betreff:

Neuaufstellung des Flächennutzungsplans 2030 der Stadt Landau in der Pfalz; Stellungnahmen und Anregungen der Ortsbeiräte zum Entwurf des Flächennutzungsplans 2030

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt die Stellungnahmen, Hinweise und Anregungen zum FNP 2030-Entwurf aus den Ortsbeiratssitzungen der Stadtdörfer in die Abwägung aufzunehmen und bei der Offenlage des Planentwurfs gemäß § 4 Abs. 2 BauGB zu veröffentlichen. Ergeben sich aus dem Abwägungsprozess Planänderungen, werden diese dann in den Flächennutzungsplan integriert.

Begründung:

Der Flächennutzungsplan (FNP) ist das umfassende kommunale Planwerk und steuert die räumlich-funktionale Entwicklung für das gesamte Gemeindegebiet. Er hat die Aufgabe unterschiedliche flächenrelevante Nutzungsansprüche räumlich zu koordinieren. Der FNP stellt als vorbereitender Bauleitplan die allgemeine Art der Bodennutzung flächendeckend in ihren Grundzügen entsprechend § 5 Baugesetzbuch (BauGB) dar. Wesentlich für den FNP ist eine ausgewogene und ganzheitliche Betrachtung der Fachplanungen, die die Stadtentwicklung beeinflussen.

Da der Flächennutzungsplan das gesamte Gemeindegebiet der kreisfreien Stadt Landau betrifft, wurde der vorliegende Planentwurf mit Datum 13.11.2019 den Ortsbeiräten der acht Stadtdörfer vorgestellt und entsprechend vorberaten. In diesem Rahmen kamen Rückfragen, Anregungen und Hinweise auf, die die Plandarstellung bzw. Passagen der Planbegründung betrafen. Nachfolgend werden die jeweiligen Hinweise aufgeführt.

Sitzung des Ortsbeirats Mörzheim am 28.11.2019
Ein Ortsbeiratsmitglied moniert, dass die an den Ortsrand angrenzenden Biotopverbünde nicht versetzt wurden. Es würde kein Schaden und Nachteil entstehen, wenn diese vom Ortsrand abrücken.

Auf der Themenkarte 3 (Wohnbauflächen) sollten die zukünftigen Flächen schraffiert werden. Die Perspektivfläche Mörzheim fehlt.

Auf der Themenkarte 10 (Grün- und Freiflächen) seien die die Flächen unvollständig dargestellt. Es fehlt die Grünfläche beim Anwesen Brühlstraße 31, die bereits angelegt wurde.

Ein Ortsbeiratsmitglied fragte nach, weshalb sich sein Anwesen in der Mörzheimer Hauptstraße 47 auf der Themenkarte 14 (Kulturdenkmäler und Denkmalzonen) in einer Denkmalzone liegt. Es wurde die Frage gestellt, ob es sich lediglich um eine schlechte Darstellung hinsichtlich der Grafikauflösung handelt.

Zu Seite 221 der Begründung wurde vom Ortsbeirat angemerkt, dass die Arten Grünspecht und Mäusebussard nicht im Gebiet der geplanten Mischbaufläche „Augartenweg" in Mörzheim brüten.

Auf Seite 271/271 müsse es sich um eine Verwechslung handeln, da keine Mäusebussarde oder Turmfalken, geschweige denn Baummarder und Nußbäume im Gebiet des Bebauungsplans MH 7- „Am Schlittweg" vorkommen. Ebenso sei der Boden kein Lehmboden.

Es sollte ferner die Aussage überprüft werden, dass zwischen einem Gebiet mit Umweltrelevanz und dem geplanten Wohngebiet MH 7- „Am Schlittweg" die K 7 verläuft.

Ergebnis: Den Beschlussvorschlägen zur Sitzungsvorlage 610/588/2019 wurde einstimmig zugestimmt, unter dem Vorbehalt der in der Niederschrift der Ortsbeiratssitzung protokollierten Änderungen.

<u>Sitzung des Ortsbeirats Wollmesheim am 02.12.2019</u>
Beanstandet wird die Aussage auf Seite 313 der Begründung, wonach als Ausgleich für die geplante Mischbaufläche Entsiegelungs- oder Kompensationsmaßnahmen mindestens im Verhältnis 1:1 auf Flächen im direkten Anschluss an das Planungsgebiet vorzunehmen sind. Der OBR stimmt der Sitzungsvorlage einstimmig zu, mit der Bedingung, dass eine sicherlich notwendige Ausgleichsfläche für das geplante Mischgebiet südlich der L 509 nicht direkt an das geplante Neubaugebiet anschließen wird, da sonst weitere landwirtschaftliche Bewirtschaftungsfläche verloren ginge.

Des Weiteren war sich der Ortsbeirat einig, dass die innerörtliche Biotopverbundfläche (Neuwiesen) aus der Planzeichnung herausgenommen werden könne, da die Eigentümer in diesem Bereich nicht verkaufsbereit seien.

Ergebnis: Den Beschlussvorschlägen zur Sitzungsvorlage 610/588/2019 wurde einstimmig zugestimmt, mit der Bedingung, dass Ausgleichsflächen für das geplante Mischgebiet südlich der L 509 nicht direkt an das Plangebiet anschließen.

<u>Sitzung des Ortsbeirats Arzheim am 03.12.2019</u>
Der Ortsbeirat Arzheim lehnt die als Vermerk in der Planzeichnung aufgenommene mögliche Ortsumfahrung östlich von Arzheim ab.
Im Nachgang zur Ortsbeiratssitzung stellte die SPD-Stadtratsfraktion am 9. Dezember 2019 einen Antrag zur Herausnahme der Ortsumfahrung Arzheim aus dem Flächennutzungsplanentwurf, da der Eingriff und die Kosten in keiner vernünftigen Relation zur erhofften Entlastungswirkung stehen. Zum Antrag hat die Verwaltung eine Stellungnahme verfasst (s. Sitzungsvorlage 660/217/2020). Aus fachlicher Sicht kann die Ortsumfahrung eine mögliche, zukünftige Option sein, um die Verkehrssituation in der Kernstadt zu verbessern. Im Abwägungsprozess nach der Offenlage des Planentwurfs

wird das Ergebnis der Abstimmung über den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 09.12.2019 beachtet werden.

Ergebnis: Die Beschlussvorschläge zur Sitzungsvorlage 610/588/2019 wurden mit 13 Stimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt.

Sitzung des Ortsbeirats Queichheim am 10.12.2019
Im Rahmen der Besprechung der Sitzungsvorlage und des FNP-Entwurfs kam es zu einer Nachfrage hinsichtlich einer möglicherweise geplanten Entwässerungsfläche westlich der Integrierten Gesamtschule. Durch einen Vertreter der Verwaltung konnte während der Sitzung aufgeklärt werden, dass eine mögliche Entwässerungsanlage durch das Symbol „Abwasser" berücksichtigt wurde.

Zum Thema Starkregenvorsorge wurde gefragt, weshalb dies nicht detaillierter im Flächennutzungsplanentwurf dargestellt sei.

Des Weiteren wurde durch ein Ortsbeiratsmitglied kritisiert, dass entlang der Bundesautobahn auf der Höhe Queichheims keine Lärmschutzanlagen vorgesehen sind.

Ergebnis: Den Beschlussvorschlägen zur Sitzungsvorlage 610/588/2019 wurde mit 8 Stimmen, 2 Enthaltungen und einer Gegenstimme zugestimmt.

Sitzung des Ortsbeirats Dammheim am 10.12.2019
Während der Sitzung wurde die Frage aufgeworfen, um was es sich bei dem neu angelegten Grünzug handelt, der im Osten Dammheims dargestellt ist und ob dieser eine zukünftige bauliche Erweiterung verhindert. Der Grünzug solle an anderer Stelle eingeplant werden.

Ergebnis: Den Beschlussvorschlägen zur Sitzungsvorlage 610/588/2019 wurde einstimmig zugestimmt.

Sitzung des Ortsbeirats Nußdorf am 12.12.2019
Unter der Voraussetzung, dass die Eigentümer Verkaufsbereitschaft signalisieren schlägt der Ortsbeirat Nußdorf vor, das Eigentümergartenareal am Boschweg als geplante Wohnbaufläche in den Flächennutzungsplan aufzunehmen.

Ergebnis: Den Beschlussvorschlägen zur Sitzungsvorlage 610/588/2019 wurde mit 11 Stimmen, einer Enthaltung und einer Gegenstimme zugestimmt.

Sitzung der Ortsbeiräte Mörlheim am 28.11.2019 und Godramstein 10.12.2019
Aus den Ortsbeiratssitzungen Mörlheim und Godramstein gingen keine für die Abwägung relevanten Stellungnahmen und Anregungen ein. Der Ortsbeirat Mörlheim stimmte den Beschlussvorschlägen einstimmig mit 10 Stimmen zu, der Ortsbeirat Godramstein stimmte mit 13 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen zu.

Nachhaltigkeitseinschätzung:

Die Nachhaltigkeitseinschätzung ist in der Anlage beigefügt: Ja ☐ / Nein x
Begründung:
Bei der Erstellung des Flächennutzungsplans handelt es sich um ein stadtweites Entwicklungskonzept, das eine umfassende Beurteilung der Nachhaltigkeit enthält. Des Weiteren stellt der Beschlussvorschlag keinen initiierenden Beschluss bzw. Projektbeschluss dar. Der Beschlussvorschlag besitzt keine räumlichen Auswirkungen, die eine Nachhaltigkeitseinschätzung begründen.

Beteiligtes Amt/Ämter:

Amt für Schulen, Kultur und Sport
Dezernat II - BGM
Dezernat III - hauptamtlicher BGO
Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb
Finanzverwaltung/Wirtschaftsförderung
Jugendamt
Rechtsamt
Sozialamt
Umweltamt

Schlusszeichnung: